

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 14 (1934-1935)
Heft: 11

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Nach dem 24. Februar. / Österreich und Italien.

Das Ergebnis der Volksabstimmung vom 24. Februar 1935 ist wohl geeignet, alle die mit größter Genugtuung zu erfüllen, denen die Selbständigkeit des Landes etwas bedeutet und die — im besondern angesichts der bedenklichen europäischen Lage und der um uns fast ohne Ausnahme rapid gesteigerten Rüstungen — in der Verwirklichung des der Abstimmung unterbreiteten Postulates das einzig zuverlässige Mittel erkannten, diese Selbständigkeit zu bewahren. Damit soll vielleicht weniger auf die rein zahlenmäßige Bedeutung der vermehrten Dienstleistung abgestellt werden — obwohl deren Notwendigkeit jedem klar geworden sein mag, der den Stand der feldmäßigen Ausbildung in den Wiederholungskursen zu beobachten Gelegenheit hatte — als vielmehr auf die sogenannte psychologische Bedeutung. Und besonders unter diesem Gesichtspunkt gibt der Ausgang der Abstimmung tatsächlich Anlaß zu größter Befriedigung, und dies in doppelter Beziehung: einmal im Hinblick auf die gespannte Erwartung des gesamten benachbarten Auslandes, das im Grunde eine Verwerfung kaum in Rechnung stellte, vielmehr zum großen Teil mit der Annahme als eine Selbstverständlichkeit rechnete — und zum andern im Hinblick auf die tatsächlich außerordentlich pessimistischen Prognosen, die man von fast durchwegs allen Leuten hören konnte, die in der Abstimmungskampagne — vor allem in Bern, der Westschweiz und der Inner- schweiz — tätig oder sonstwie mit den politischen und wirtschaftlichen Krisengebieten in steter Berührung waren.

Was nun in erster Linie die außenpolitische Bedeutung der Abstimmung betrifft, so konnte, wer die ausländischen Pressestimmen vor der Abstimmung beachtete, tatsächlich nur mit großer Sorge die Möglichkeit einer Verwerfung ins Auge fassen. Es ist wohl der Masse der Stimmenden kaum bewußt geworden, um was es am 24. Februar — außenpolitisch gesehen — eigentlich ging — man könnte sich andernfalls gewisse verwerfende Ergebnisse, gerade in Kantonen, die die Begründung der schweizerischen Freiheit für sich in Anspruch zu nehmen gewohnt sind, kaum erklären. Und in dieser Beziehung bedeutete die Abstimmung tatsächlich die Probe aufs Exempel: das „Prima der Außenpolitik“ ist schließlich keine Phrase und für kein Volk ist die restlose Durchsetzung dieses Grundsatzes im Grunde einfacher, als für das unsere, dessen ganze Außenpolitik in der Wahrung von Freiheit und Unabhängigkeit als einem — nach außen — gewissermaßen passiven politischen Ziel beschlossen liegt. Dabei war nun gerade die Fragestellung für den 24. Februar denkbar einfach und klar; denn es ging ja einzig darum, die Rüstung des Landes, die immer noch auf den Bestimmungen der Militärorganisation von 1907 ruhte, in einem wirklich bescheidenen Ausmaß der seither eingetretenen Entwicklung anzupassen. Und der Weltkrieg mahnte mit seinen noch nicht vergessenen Erfahrungen, daß unsere Unabhängigkeit anders denn durch zweckentsprechende Rüstungen nun einmal nicht bewahrt werden kann. Soweit man nun die Presse des Auslandes verfolgen konnte, ging die Meinung einhellig dahin, daß unser Volk die Konsequenzen der gegebenen Lage mit jener Selbstverständlichkeit ziehen werde, die das Ausland in dieser Beziehung, zumal seit den Tagen des Weltkrieges, von uns gewohnt ist. Dazu kam, daß die ausländische Presse vielfach Meinungsäußerungen von sachmännischen Beobachtern unserer Manöver wiedergab, die mit einer auffallenden Einhelligkeit das Ungenügen unserer Truppe in Bezug auf die Beweglichkeit, überhaupt das Verhalten im Felde feststellten. Wer diese Meinung im Auslande beobachtete und sich der Diskussion erinnerte, die vor ungefähr zwei Jahren über die Möglichkeit und Gefahr eines Durchmarsches durch

die Schweiz in der französischen Presse geführt worden war, der konnte nicht im Zweifel sein über die Folgen, welche ein verneinender Entscheid am 24. Februar hätte haben müssen. Ganz abgesehen von den materiellen Änderungen, welche in den Aufmarschplänen der uns benachbarten Heere notwendig eintreten mußten, die anscheinend auch bis heute immer noch mit einer verteidigungsbereiten und verteidigungsfähigen Schweizerarmee rechneten, mußte eine Verwerfung psychologisch außerordentlich ins Gewicht fallen. Denn die Pazifisten sind in den Ländern, die uns umgeben und die uns damit unmittelbar angehen, gewissermaßen ausgestorben, jedenfalls zu hoffnungslosem Schweigen verurteilt und, wer dort an Wehr und Waffen, geschweige denn am *Wehrwillen* des Volkes, Kritik üben wollte, dem würde es, wenigstens bei unsern nördlichen und südlichen Nachbarn, übel ergehen. Es vollendet sich Tag für Tag mehr die Konzentration der nationalen Kräfte um uns und die Wehrhaftigkeit ist als sichtbarer Ausdruck dieser Strömung selbstverständliches Gemeingut der wesentlichen unter unsern Nachbarn geworden: man mag dies im Interesse des Friedens bedauern oder nicht, das ist belanglos; uns bleibt nur die Feststellung, daß es so ist. Eine Ablehnung der Wehrvorlage hätte man deshalb um uns *einfach nicht verstanden*.

Das beweisen nachträglich die zahlreichen ausländischen Pressestimmen, die sich zu dem Ergebnis der Abstimmung äußern; die Schweiz wird allgemein gelobt, als Vorbild hingestellt und sogar halbamtliche Stellen, wie die Deutsche Diplomatische Korrespondenz des Auswärtigen Amtes in Berlin, widmen dem Ergebnis günstige Kommentare. Dies alles zeigt zur Genüge, was eine Verwerfung bedeutet hätte. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die psychologische Wirkung eines ablehnenden Entscheides sich zudem in vermehrter Liquidierung ausländischen Besitzes schweizerischer Staatspapiere materiell ausgewirkt und damit neue, erhebliche Goldabzüge veranlaßt, vielleicht sogar die Währung in Gefahr gebracht hätte.

Gerade aus solchen Erwägungen der Außenpolitik mußte deshalb dieser Kampf gewonnen werden. Andererseits aber war die Abstimmungslage, bei Beginn der Kampagne, also um Mitte Januar, so, daß in den Kreisen, welche mit dem Volke in steter Fühlung standen und seine Stimmung kannten, mit einer Verwerfung gerechnet wurde. Dies darf heute, wo die Gefahr glücklich abgewendet ist, ruhig gesagt werden, während diese Ansicht während des Kampfes glücklicherweise in der Presse nie zum Ausdruck kam. Vor allem in den Kreisen des Eidgenössischen Aktionskomitees für die Wehrvorlage, das in Bern seinen Sitz hatte, war man außerordentlich pessimistisch, was sich wohl zu einem großen Teil gerade durch die Beurteilung der Lage im Kanton Bern und in der Westschweiz, vor allem der Waadt, erklärte. Daß es dort zu einer Verwerfung kommen würde, mußte man damals als sicher annehmen und man nahm es auch bis zum Tage des Entscheides an. Umso größer mußten deshalb angesichts der drohenden Gefahr die Anstrengungen sein und hier hat nun das Eidgenössische Komitee, in Verbindung mit den kantonalen, tatsächlich Außerordentliches geleistet. Redner wurden im ganzen Lande herumgeschickt, die Kantone systematisch, Gemeinde um Gemeinde, Bezirk um Bezirk, bearbeitet. Eine besondere und, wie sich gezeigt hat, außerordentlich nützliche Rolle spielte hier der „*Armeefilm*“, der in 14 Kopien im ganzen Lande gezeigt wurde und von Mitte Januar an ging kein Tag zur Neige, der nicht alle 14 Filme in einer Stadt oder einer kleinsten Gemeinde in Tätigkeit gesehen hätte. So wurde denn alles getan, was zu tun war, und auch von Seiten des Bundesrates scheute man keine Mühe, wobei neben dem Bundespräsidenten Minger im besondern Bundesrat Bilet unermüdlich tätig war und bis zum letzten Tag daran arbeitete, seine engern Landsleute von der Hemmung zu befreien, welche die Getränkesteuer dort bedeutete.

Wer nun beispielweise im Kanton Zürich, speziell auf dem Lande, für die Vorlage warb, konnte bald erkennen, daß eine Gefahr hier tatsächlich nicht bestand.

Die Argumente zur Begründung der Vorlage wurden in ihrer lapidaren Einfachheit voll Verständnis aufgenommen und die große Bedeutung der Vorlage für die Zukunft des Landes rasch erkannt. Hier konnte es insbesondere auffallen, daß auch die Arbeiterschaft im wesentlichen durchaus zugänglich war, besonders wenn man zu ihr die positiven Stimmen aus ihren eigenen Kreisen, der Arthur Schmid und Klöti sprechen ließ. Unentwegte Pazifisten und Schwärmer gab es natürlich überall, die mit sanftem Aufschlag der Augen versicherten, daß wir nicht durch Aufrüstung, sondern durch Abrüstung das Beispiel des friedlichen — Lammes vor dem Forum Europas geben sollten, aber ihre Worte gingen stets unter in herzlichem Gelächter und Schlußrufen. Aber trotz solcher regionaler Zuversicht mußte man eben dem Gesamtergebnis mit großer Besorgnis entgegensehen.

Unter solchen begründeten Aspekten betrachtet — optimistische Beurteilung war wirklich selten — muß uns das Ergebnis mit großer Befriedigung erfüllen. Vor allem bemerkenswert sind die Kantone Bern, Waadt und Genf. Was insbesondere diesen Kanton betrifft, so dürfte es Herrn Nicole nachgerade klar werden, daß die Tage seiner Herrlichkeit gezählt sind, nachdem nun auch die Initiative auf Neuwahl des Staatsrates zustande gekommen ist. Bern und das Waadtland aber haben aus dem 24. Februar einen Ehrentag der Demokratie gemacht, den wir nicht vergessen wollen. In diesen Hesten ist unlängst das dringende Problem der Landwirtschaftlichen Krise in seiner ganzen Schwere dargestellt worden und man weiß, daß die Stimmung in den hauptbetroffenen Berner Gebieten bedenklich geworden ist, so, daß offizielle Führer der Bauernpartei gewisse Gebiete ohne Schaden kaum mehr betreten können. In der Waadt ist die Opposition gegen Bern noch selten so stark gewesen, wie heute. Umso erfreulicher muß das Ergebnis dieser beiden Kantone wirken.

Ver sagt haben wesentliche Teile der Inneren Schweiz, ver sagt auch Freiburg und Wallis. Es gibt Leute, die nicht ohne Grund der Meinung sind, daß es mit dem „staatserhaltenden Element“ des Katholizismus doch seine eigene Verwandtnis habe. In der katholischen Presse ist die Enttäuschung denn auch unverhüllt zum Ausdruck gekommen, und insbesondere der „Morgen“ legt in seinem Kommentar den Finger auf die Wunde. Der Artikel, der anscheinend von dem ausgezeichneten Berner Korrespondenten dieser katholischen Zeitung, Herrn Dr. Cavelti, stammt, beleuchtet die Haltung der Mehrzahl der katholischen Kantone mit freimütiger Kritik und macht insbesondere geltend, daß irgendwelche Ursache für diese Kantone nicht bestanden habe, die Vorlage zu verwerfen, da die angeblich früher gehandhabte Zurücksetzung der Katholiken in der Armee, vor allem in Beförderungsfragen, heute nicht mehr geübt werde. Es werde einer entschiedenen Aufklärung bedürfen, um die Haltung dieser Kantone für künftige Abstimmungen im Sinne einer positiven Politik zu beeinflussen.

Der Artikel des „Morgen“ ist aber noch in einem andern Punkt interessant. Nach der Ansicht des Verfassers könne man in der Haltung dieser Kantone nicht nur Negatives erblicken, sondern auch einen sehr positiven Gedanken, nämlich eine gewisse gesunde föderalistische Reaktion. Der Verfasser macht hier allerdings eine Einschränkung, indem er bemerkt, daß diese Reaktion gegen Bern immer nur dann bestche, wenn es gelte, gegen den „nehmenden Bund“ aufzutreten, während anderseits der „gebende Bund“ jederzeit als willkommener Gast begrüßt werde. Die Bemerkung scheint mir nicht ganz richtig. Daß der Bund nicht unbegründet den Kantonen Teile seiner Einkünfte zur Verfügung stellt, erscheint deswegen ohne weiteres klar, weil die Kantone wesentliche Teile der ihnen ursprünglich kraft ihrer Souveränität zustehenden Finanzhoheit abgetreten haben, wobei nur an die Zölle und die indirekten Steuern gedacht sei. Läßt man diese Einschränkung demnach fallen, so ist der betreffenden Bemerkung des „Morgen“ durchaus zuzustimmen, denn eine föderalistische Reaktion kann angesichts der zu-

nehmenden zentralistischen Bestrebungen nur von Gutem sein, indem sie den Bund grundsätzlich in die Grenzen verweist, die er nicht überschreiten darf. Allerdings war nun die Wehrvorlage entschieden nicht der geeignete Anlaß zu einer solchen Demonstration.

Mit der Annahme der Wehrvorlage ist nun einer der schwersten Gefahrenpunkte schweizerischer Politik glücklich beseitigt und man darf wohl sagen, daß der Ausgang dieser Abstimmung wenigstens eine gewisse Hoffnung auf eine ebenso günstige Erledigung des andern Gefahrenpunktes bedeutet. Wenn im Juni dieses Jahres die Kriseninitiative zur Abstimmung gebracht wird, ist ein weiterer entscheidender Punkt erreicht, der in wirtschaftlicher und wohl auch in politischer Beziehung für die Zukunft des Landes Großes bedeutet. Nun hat das Volk am 24. Februar gezeigt, daß es trotz der Krise und gewissen vermehrt zu Tage getretenen Unzuträglichkeiten unseres politischen Systems gewillt ist, immer dann, wenn es um die Entscheidung geht, die Unabhängigkeit des Landes und die Demokratie zu schützen. Möge bei dieser nächsten großen Abstimmung dasselbe Verantwortungsbewußtsein zu einem wichtigen Nein führen, denn von diesem Entscheid hängt in hohem Maße die Zukunft unserer Demokratie ab.

* * *

Es scheint, als ob die außenpolitische Lage der Schweiz — abgesehen von der Annahme der Wehrvorlage — in den letzten Wochen eine gewisse Erleichterung erfahren habe. Jedenfalls bestehen deutliche Anzeichen dafür, daß die politische Umklammerung durch den italienischen Druck über Österreich sich lockern könnte. Man wird wohl kaum fehlgehen in der Annahme, daß Italien nun voraussichtlich für längere Zeit durch seine ostafrikanische Politik in einem Maße in Anspruch genommen wird, welches das Land zu einer gewissen Zurückhaltung in der kontinentalen Politik nötigt, was umso mehr der Fall wäre, wenn etwa der abessinische Konflikt zum Kriege führen sollte. Die Entsendung von zwei ordentlichen und zwei freiwilligen Divisionen, abgesehen von der faschistischen Miliz, in Verbindung mit einer Unmasse von Kriegsmaterial und technischen Truppen, scheint die letztere Möglichkeit bestätigen zu wollen und die Vermutung ist wohl nicht unbegründet, daß Mussolini anfangs Januar in Rom von den Franzosen nicht nur die bekannten, verhältnismäßig unbedeutenden Zugeständnisse in Nordafrika erhalten hat, sondern darüber hinaus die Zusicherung einer wohlwollenden Neutralität in einem eventuellen ostafrikanischen Konflikt. Kommt es indessen dort wirklich zum Kriege, so wird sich Italien wohl auf eine lange Dauer gefaßt machen müssen und es ist dabei zu bedenken, daß die finanziellen Mittel des Landes keineswegs unererschöpflich sind; insbesondere der ständige Schwund des Gold- und Devisenbestandes ergibt deutliche Hinweise. Umso mehr wird sich die italienische Politik in Europa Zurückhaltung auferlegen, was nun für uns bestimmt eine nicht unwesentliche Erleichterung bedeuten kann. Die Pariser- und Londoner-Reise des österreichischen Bundeskanzlers läßt zudem die Vermutung offen, daß Österreich sich wieder mehr der französischen Orientierung zu widmen gedenkt und der italienische Einfluß bis auf weiteres wohl auf seinem Höhepunkt angelangt sein dürfte. Im übrigen sind allerdings die Verhältnisse in Österreich, die unsere volle Beachtung erfordern, genau so unsicher wie seit langem und es scheint, daß dies Herrn Schuschnigg in London mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit vor Augen geführt worden ist. Jedenfalls steht die englische Öffentlichkeit, soweit man ihre Meinung aus der Presse verfolgen kann, dem Regime Schuschnigg nach wie vor außerordentlich kühl gegenüber, was bei einem so demokratischen Volke schließlich nicht verwundern kann. Und gegenüber solchen Stimmungen in einem Lande, von dessen Wohlwollen das jetzige Österreich erheblich abhängig ist, wäre offenbar eine etwas geschicktere Diplomatie erforderlich als die, welche Herrn Baron Berger-Waldenegg beliebt. In dieser Beziehung hat nun der österreichische Außenminister entschieden

den Vogel abgeschossen: er erklärte nämlich einem französischen Interviewer auf die Frage, wie er sich zu einer Volksabstimmung über die innerpolitische Gestaltung Osterreichs stelle, ein solches Verlangen sei „einfach lächerlich“ und es bedeute dasselbe, wie wenn er, Baron Berger-Waldenegg, die Absetzung Hitlers verlangen würde. Man weiß gegenüber einer solchen Bemerkung tatsächlich nicht, ob man sich mehr über die Naivität oder den Zynismus, die darin enthalten sind, wundern soll. Daß eine solche Gesinnung bei einem führenden österreichischen Regierungsmitglied in allen Ländern, wo die Demokratie noch etwas bedeutet, den bedenklichsten Eindruck hinterlassen muß und jedenfalls in England den Osterreichern nichts genützt hat, ist klar.

J a n n v. S p r e c h e r.

Zur politischen Lage.

Londoner Gespräche. / Die ersten Früchte der Römer Gespräche.

„In Rom sind die Herren Laval und Mussolini beisammen gewesen,“ so hat meine letzte Betrachtung über die Entwicklung der weltpolitischen Verhältnisse beginnen müssen. In London sind die Herren Flandin und Simon beisammen gewesen, so geziemt es sich, unsere diesmalige Betrachtung zu beginnen. Tagelang war ja der Blätterwald der ganzen Welt von diesem Ereignis erfüllt und mächtig rauschte es in London, in Paris, in Rom und in — Wien. Genau wie in Rom wurde die völlige Einigkeit in „allen Bestrebungen zur Erhaltung des europäischen Friedens“ festgestellt. Genau wie in Rom wurde zum Schluß allerlei säuberlich zu Papier gebracht und nach Berlin übermittelt. Kategorisch wurde den Deutschen von Paris aus klargemacht, daß sie jetzt schleunigst zu unterschreiben hätten, was die leitenden Staatsmänner Frankreichs und Englands ausgeheckt hätten; nur so könne das Deutsche Reich beweisen, daß es ihm mit der Sicherung des europäischen Friedens Ernst sei. Man hat den Ostpakt neu empfohlen, man hat den Donaupakt neu empfohlen und man hat zudem als neueste Neuigkeit einen Lustpakt ausgearbeitet.

In Berlin hat man darauf einmal die gleichgeschaltete Presse schweigen lassen. Zum Zweiten hat man der aufhorchenden Welt verkündet, daß man natürlich den Vorschlägen aus London ein sehr geneigtes Ohr leihe, aber man müsse sich diese Dinge einmal zunächst genau ansehen. Dieses Ansehen aber brauche Zeit. Es hat auch wirklich Zeit gebraucht. Schließlich ist aber die Antwort doch gekommen. Sie sagt nicht ja und sagt nicht nein, sie sagt einfach, man wolle über die Vorschläge verhandeln. Darob entstand in London und Paris große Enttäuschung! Zuerst hieß es: Wenn ihr nicht wollt, so machen wir es eben alleine. Dann besann man sich darauf, daß man eigentlich den ganzen Zauber von Pakten nur inszeniert hatte, um das Deutsche Reich damit festzulegen. Wohl oder übel erklärte man sich eben zu den gewünschten Verhandlungen bereit. Man fand aber dabei heraus, daß man sich angesichts dieser neuen Lage zunächst wieder selbst verständigen müsse. Diese Verständigung ist jetzt in der Arbeit.

Damit wird sich noch einmal dasselbe Spiel wiederholen: Zunächst verständigen sich Paris und London untereinander, dann verhandeln sie mit Deutschland und stellen dieses natürlich vor vollendete Tatsachen. Das aber wird wiederum für die Verhandlungen nicht günstig sein. Man darf also ruhig annehmen, daß die Verständigung der Großmächte über das System der Pakte noch nicht so rasch fertig sein wird. Es wird noch etlicher Reisen, Konferenzen und Denkpausen bedürfen, um die Lage auch nur einigermaßen abzuklären.

Inzwischen aber wird in Deutschland die Aufrüstung wieder ein Stück vorwärts gehen. Man wird damit dem Rüstungsstand, der angestrebt wird, wieder einen Schritt näher kommen. Die tatsächliche Gleichberechtigung ist also für Deutschland auf dem Marsch, diese Gleichberechtigung, die im Grunde genommen einzig und allein von der Stärke der Machtmittel abhängt, die hinter dem Verhandlungs-

führer in Berlin bereitstehen. Das aber ist doch das Ziel der heutigen deutschen Politik, das Ziel, dem Hitler mit zäher Beharrlichkeit zusteuert.

* * *

Unterdessen sind die ersten Früchte der von so heißem Friedenswillen erfüllten Römer Gespräche bereits aufgegangen, rascher als es wohl jemand erwartet hatte. Selbst in Paris scheint man nicht geglaubt zu haben, daß Mussolini den ihm von Herrn Laval bereitwilligst auf Kosten eines Dritten ausgestellten Wechsel so rasch präsentieren würde. Das lassen wenigstens die ungnädigen Kommentare der französischen Presse zum Vorgehen Italiens in Abessinien vermuten. Mussolini aber hat eben gezeigt, daß es ihm mit den Römer Verhandlungen wirklich ernst war und daß er ganz und gar nicht daran denkt, sich die hauptsächlichlichen Früchte der Einigung mit Frankreich entgehen zu lassen.

Freilich, Mussolini hat insofern Glück gehabt, daß ihm gerade ein Grenzzwischenfall den Vorwand bot, zum Angriff überzugehen. Wie wird man sich in Rom darüber gefreut haben! Ohne einen Augenblick zu zögern, hat man seine Vorbereitungen begonnen: Auf der einen Seite werden pflichtschuldigst diplomatische Gespräche geführt, auf der andern Seite mobilisiert man zunächst in aller Stille und dann mit möglichst viel Lärm reguläre Truppen und Schwarzhemden. Planmäßig werden alle Vorbereitungen getroffen, um eine Expedition großen Stiles durchführen zu können. In London ist man demgegenüber in Verlegenheit und rät den Abessinern, nur ja den Völkerbund nicht zu behelligen. Welche Verlegenheiten könnten entstehen, wenn Abessinien von seinem Mitgliedsrechte Gebrauch machen würde und wenn es in Genf dann irgendwoher auch noch Sukkurs gegenüber der nackten Gewalt des Stärkeren erhalten würde. Also lieber nicht nach Genf! Wodurch der Nutzen des Völkerbundes für die kleinen Staaten wieder einmal unter Beweis gestellt wird! In Frankreich weiß man auch nicht recht, was man sagen soll, und so sagt man eben mit vielen Worten möglichst wenig!

In solchen Fällen haben dann die Unbeteiligten die Aufgabe, den Fall einigermaßen klar zu stellen, was nun auch hier geschehen soll. Es ist ja ganz klar, daß Italien unbedingt entweder Abessinien insgesamt in seine Abhängigkeit bringen oder doch einen wesentlichen Teil seines Gebietes erwerben will. Ob nun dieses Ziel auf dem Wege eines großen Kolonialfeldzuges erreicht wird oder durch diplomatischen Druck und militärische Drohungen, das wird von der Entwicklung der politischen Gesamtlage abhängen. Hat Italien in Europa nichts zu befürchten, so wird es forscher vorgehen, als wenn sich nächstens am europäischen politischen Himmel wieder schwere Wolken zeigen werden. Auf jeden Fall wäre für Mussolini und den Faschismus überhaupt nichts erwünschter, als durch einen siegreichen abessinischen Feldzug den Gedanken an Adua zum Verschwinden zu bringen und zugleich für die Fahnen des Faschismus einigen militärischen Lorbeer zu pflücken.

Wie das Urteil über das ganze Vorgehen vom Standpunkte des Rechtes und des politischen Anstands aus beurteilt werden muß, weiß jedermann. Daß das aber für Mussolini keine Rolle spielt, hat er immer offen und ehrlich gesagt. Der Sacro Egoismo der Kriegszeit wiederholt sich in der faschistischen Politik in verschärfter Form. Italien greift ohne jedes Bedenken zu, sobald es irgendwo eine Möglichkeit sieht, seinen Lebensraum zu vergrößern. Nacheinander haben fast alle Nachbarn Italiens und zwar sowohl Frankreich wie England, sowohl Südslawien wie Griechenland und sowohl die Türkei wie die Araberstaaten am Roten Meer mit diesem rabiatischen Ausdehnungswillen unliebsame Bekanntschaft gemacht. Nun hat Frankreich Mussolini die Türe nach Abessinien geöffnet und fast augenblicklich hat dieser die ihm gebotene Gelegenheit ergriffen. Schlag auf Schlag folgen sich die Ereignisse und heute weiß noch niemand, wohin sie führen werden. Aber das werden alle Nachbarn des faschistischen Italien in der Nähe und in der Ferne wissen, daß diesem Staate gegenüber höchste Wachsamkeit geboten ist und daß jeder andere

Staat in dieser Lage gut daran tut, sein Pulver trocken zu halten. Das wird sich auch unser Land und gerade es genau merken müssen!

Darüber hinaus aber wird man sich ringsum hinter die Ohren schreiben müssen, mit welcher vollendeten Skrupellosigkeit die Großmächte auch heute im schönen Zeitalter des Völkerbundes und der Abrüstungsverhandlungen einem kleinen Staate gegenüber verfahren, wenn das für ihre Pläne nützlich sein kann. Das demokratische Frankreich hat durch den friedensliebenden Herrn Laval ohne jedes Besinnen dem fascistischen Italien den letzten unabhängigen Staat Afrikas ans Messer geliefert. Herr Laval wird sich dabei gedacht haben, daß das Frankreich am billigsten zu stehen komme. Was aber haben die hochmoralischen Herren der konservativ-nationalen Regierung Englands sich bei dem Handel gedacht, den sie doch bei ihrer gerade so innigen Freundschaft mit Frankreich ausdrücklich decken? Was haben die Herren Macdonald, Simon, Chamberlain und wie sie alle heißen der Welt und dem eigenen Volke über diesen Fall zu sagen? Das wird man ja in einiger Zeit erfahren und wir zweifeln nicht daran, daß sie für das Vorgehen Italiens in Abessinien nötigenfalls eine sehr schöne Erklärung finden werden, eine viel wohlklingendere sicher als das Vorgehen Japans in der Mandschurei, in der Mongolei und in Nordchina. Außerhalb des Lagers der Großmächte jedoch und außerhalb der Gesellschaft ihrer interessierten Trabanten wird man gut tun, durch all den regelmäßig um die Großmachtspolitik herum ausgebreiteten Dunst durchzusehen und die Dinge in all der krassen Nacktheit zu sehen, wie sie tatsächlich sind. Man wird sich so für die Zukunft neue unangenehme Enttäuschungen ersparen! Auch aus dieser Erkenntnis aber wird man gerade in der Schweiz seine Lehren ziehen müssen.

In dritter Linie schließlich beleuchtet der „abessinische Zwischenfall“ schlaglichtartig wieder einmal den wirklichen Wert des Völkerbundes. Noch liegt die Zeit erst wenige Wochen zurück, wo unsere Völkerbundsfreunde mit ihren Nationalräten an der Spitze triumphierend darauf hingewiesen haben, wie vortrefflich der Völkerbund nach dem Attentat auf Marseille seine Aufgabe erfüllt habe. Er hat damals wirklich als gute Kulisse für die Arbeit der Großmächte gewirkt. Er hat geholfen, den Südslawen das Einlenken vor dem vereinten Drucke Frankreichs und Englands zu erleichtern. Aber hat man nicht früher ähnliche Dinge auch ebenso gut durch die bloße Diplomatie der Großmächte erledigen können, wenn es diesen wirklich gepaßt hat? Selbstverständlich! Aber weil nun von Paris und London aus dafür der Völkerbund in Bewegung gesetzt worden ist, sind unsere Völkerbundsfreunde beinahe in Ehrfurcht vor einer solchen Leistung erstorben! Wie steht die Sache aber heute? Wo bleibt denn bei der drohenden Kriegsgefahr, in einem Augenblick, wo das eine Völkerbundsglied gegen das andere mobilisiert und bereits seine Truppen in großer Zahl auf die Schiffe setzt, der Völkerbund? Wo bleibt in dem Augenblick drohender Kriegsgefahr das von den schönen Sätzen vorgeschriebene Einschreiten des Völkerbundes? Es bleibt völlig unsichtbar! England hat ja sogar Abessinien geraten, nur ja nicht den Völkerbund anzurufen, sondern alles direkt zu erledigen. Nun, die Italiener sind ja dabei, die Sache mit Abessinien auf dem direktesten Wege zu erledigen. Und keines von den vier Duzend Völkerbundsmitgliedern mußt dabei. Es wäre ja auch zu gefährlich, die Wege der Großmacht Italien zu kreuzen, die ja von Frankreich und England gebilligt worden sind. Und bei diesem unerhörten Versagen wird trotzdem in eintger Zeit wieder jemand den Mut haben, die kleinen Staaten und vor allem unsern eigenen kleinen Staat auf den Völkerbund zu vertrauen!

U a r a u, den 25. Februar 1935.

H e k t o r U m m a n n.

Strategische Straßenbauten im Vorarlberg.

Osterreich widmet dem Ausbau seiner Alpenstraßen außerordentliche Sorgfalt und wird unsern Straßen binnen kurzem den Rang ablaufen und damit den Strom der Automobilisten über seine Alpenstraßen und durch seine Täler hindurch lenken. Aber nicht nur vom Standpunkt des Fremdenverkehrs aus, sondern ebenso vom militärischen Standpunkt aus müssen diese auffallenden Straßenbauten unsere Aufmerksamkeit erregen. Ein großes Projekt ist gegenwärtig im Vorarlberg, unserm direkten Nachbarland, in Ausführung, unter Mithilfe des Arbeitsdienstes und mit Mitteln aus einem großen Arbeitsbeschaffungsprogramm. Es handelt sich um eine Straßenverbindung zwischen dem Bregenzerwald und dem Lechtal. In Schröcken und Warth wurden die Arbeiten im Herbst 1933 gleichzeitig aufgenommen. Vorerst gilt es, die Ortschaft Schröcken (1270 m) an den Straßenzug des Bregenzerwaldes anzuschließen, was bis Mitte Juli 1935 vollzogen sein dürfte. Im letzten Teilstück zwischen Schröcken und Schoppernau muß u. a. eine 70 m weit gespannte Eisenbetonbrücke erstellt werden. Auf der Lechtalerseite hat der freiwillige Arbeitsdienst die Straße von Warth bis Wolfeggan nahezu vollendet und wird im Laufe des Sommers Hochkrumbach am Fuße des Widdersteines erreichen. Es bleibt dann noch als letztes Stück der Hochtannbergpaß zwischen Krumbach und Schröcken zu überwinden (1670 m). Die Straße soll in ihrer ganzen Länge von 16 km auf 5,5 m ausgebaut werden bei mäßiger Steigung (bis 6 %).

Ihr eminenter strategischer Wert liegt darin, daß sie das Lechtal mit dem Bregenzerwald verbindet und damit neben dem Arlberg noch eine zweite Straßenverbindung zwischen Tirol und Vorarlberg schafft, und zwar in der Nähe der deutschen Grenze. Da bereits eine Straßenverbindung besteht zwischen dem obern Lechtal und dem Arlberg über den Flegelpaß, wird damit also der Bregenzerwald direkt mit dem Arlberg verbunden. Die neue Hochtannbergstraße wird nicht allein von größtem militärischem Wert sein bei einem Konflikt zwischen Deutschland und Osterreich-Italien, wobei immer zu berücksichtigen ist, daß Osterreich ja politisch und militärisch von Italien abhängig ist und zwischen diesen beiden Staaten sogar eine geheime Militärkonvention bestehen soll. Ihr kommt auch im Hinblick auf die Schweiz eine erhebliche Bedeutung zu, für den Fall nämlich, daß es einmal Italien einfallen sollte, nicht allein im Süden, sondern auch von Osten her unser Land anzufallen. Angesichts der wachsenden militärischen Einflußnahme Italiens in Osterreich wird man kaum fehl gehen in der Annahme, daß auch die großzügigen Straßenbauten Osterreichs zum Teil auf italienische Initiative zurückgehen, erfolgen sie doch mit der gleichen Planmäßigkeit im Hinblick auf strategische Bedeutung, wie die Straßenbauten im italienischen Grenzgebiet. Auch Osterreichs Alpen werden jetzt von langer Hand für den nächsten Krieg Italiens vorbereitet!

Gottfried Zeugin.

Die innerpolitische Unruhe in Frankreich.

Vielleicht lebt das Kabinett Flandin noch, wenn diese Zeilen erscheinen, vielleicht ist es bereits gestürzt und bereits halb vergessen. Dieses „vielleicht“ ist für die Zustände im französischen Parlamentarismus bezeichnend. Kaum ist ein Kabinett im Amt und hat zu arbeiten begonnen, da beginnt schon die Flüsterkampagne in den Wandelgängen des Palais Bourbon und in gewissen Parteisekretariaten. Der eine Abgeordnete fürchtet, daß der neu ernannte Präfekt bei irgend einer einflußreichen Gruppe seines Wahlbezirks Anstoß erregen und damit seine Wiederwahl gefährden wird, und er nimmt das wichtige Getreidegesetz zum Vorwand, um die Diskussion überflüssigerweise zu verlängern — er will sich seinem „Volke“ in Erinnerung bringen. Der andere Abgeordnete findet, daß eigentlich er ein Unter-

Staatssekretariat hätte bekommen müssen — und er schließt sich einer Verschwörung an, die nur auf die Gelegenheit lauert, um bei irgend einer Nebenfrage überraschend das Kabinett niederzustimmen. Trotz seiner unbezweifelbaren Leistungen war Flandin Mitte Februar gezwungen, einigen ihn besuchenden Parlamentariern sein Leid zu klagen: Das Regieren sei in Frankreich unmöglich — die „Rulissen“ hinderten jedes Ministerium an der Arbeit.

Dabei ist das Kabinett Flandin alles andere als antiparlamentarisch. Ja, es ist sogar zur Ablösung eines Ministeriums gebildet worden, dessen Präsident, Doumergue, in den Verdacht geraten war, durch eilige Durchpeitschung einer noch vor wenigen Monaten von allen als unumgänglich angesehenen Staatsreform das Ansehen und die Autorität der Kammer zu mindern. Flandin wurde als der größte Retter des Parlamentarismus begrüßt und gefeiert. Und in den ersten Wochen nahm sich die Kammer wirklich zusammen — die Regierung konnte gestützt auf eine sichere Majorität arbeiten. Zwar setzten bereits vor Weihnachten die ersten Schwierigkeiten ein — die Diskussion über die wichtigen Getreide- und Weingeseze wurde durch eine Fülle überflüssiger Amendements unerträglich in die Länge gezogen. Aber schließlich kamen sie doch rechtzeitig unter Dach und Fach. Außenpolitische Ereignisse schienen nach Weihnachten das Ansehen der Regierung zu stärken. Gegen den Pakt von Rom, den der Außenminister Laval heimbrachte, regten sich in der Öffentlichkeit ebensowenig ernste Bedenken wie gegen die Abmachungen mit England, die bei dem amtlichen Besuche in London zustande kamen. Aber was geht die Außenpolitik schließlich einen französischen Deputierten an? Die Welt ist für ihn sein Wahlkreis — Ausnahmen bestätigen die Regel —, die Autorität wird für ihn durch irgendwelche Interessenten — je nachdem eine Wirtschaftsorganisation oder eine Freimaurerloge — verkörpert; er ist mißtrauisch, wenn eine Regierung Erfolge hat. Vielleicht will sie dann doch das Parlament ausschalten. Vielleicht ist Flandin doch nur ein geschickterer, listigerer Doumergue, der erst die Kammer einschläfern will, um dann die Staatsreform zu wagen, die durch einige unauffällige Bestimmungen die Kammer entmachten soll. (Auch Doumergue ist ja nur daran gescheitert, daß er das bisher schlafende Auflösungsrecht des Präsidenten der Republik zu einer wirklichen politischen Waffe machen wollte, der Präsident sollte die Kammer auflösen können, wenigstens in einigen Fällen, ohne vorher den Senat zu fragen!)

Aber kein Mensch kann bisher bei dem wirtschaftlich orientierten Flandin die Spur von solchen politischen Plänen entdecken. Vielleicht zu seinem Verhängnis — denn so ist sein Schicksal an die Launen der Kammer gebunden. Er ist nur so lange seines Amtes sicher, als die Kammer mit ihrer Linksmajorität Angst hat, daß eine Kabinettskrise ein Sprung ins Unbekannte sein würde, das heißt, solange die innerpolitische Unruhe anhält. Fürwahr, ein paradoxer Zustand. Es gelingt, einen Ministerpräsidenten zu finden, der seinem ganzen Charakter und seiner ganzen politischen Tradition nach „parlamentarisch“ eingestellt ist, der die Staatsreform vertagt, in der Hoffnung, daß die Kammer durch ihr Verhalten sie als überflüssig erweisen würde. Dieser Ministerpräsident gewinnt an Ansehen, wenn auch nicht bei den Massen — dazu ist ihnen der allzu nüchterne Flandin zu fern, schon weil er jeden Charakterzug entbehrt, an den die Phantasie des Volkes anknüpfen könnte. Seine innerpolitischen Maßnahmen werden anerkannt, mag auch die Auswirkung des Getreidegesetzes, das die Bildung freier Marktpreise wieder gestattet, noch nicht zu übersehen sein. Er leitet große außenpolitische Aktionen ein, deren Ansätze teilweise begeistert aufgenommen werden — die Saarabstimmung ist übrigens in Frankreich nicht als eine Niederlage empfunden worden, trotz aller nach Außen zur Schau getragenen Miene wäre man durch einen Sieg des „status quo“ überrascht gewesen, wenn man auch eine schwächere deutsche Majorität lieber gesehen hätte. Kurz, Flandin hat bisher Glück, er arbeitet energisch, bereitet große Gesetze vor, deren

Nützlichkeit niemand bestreitet — z. B. eine Justizverwaltungsreform, die bereits ebenso im Entwurf vorliegt wie ein Gesetz über industrielle Zusammenschlüsse, welches bei aller Abneigung gerade des liberal eingestellten Ministerpräsidenten gegen staatlichen Interventionismus Auswüchse einer anarchischen Konkurrenz unmöglich machen soll. Und doch, die Kulissenintrigen haben bereits begonnen; es ist ihnen schon geglückt, eine ernste Unruhe zu erzeugen, die sich auch an der Börse wieder spiegelt.

Léon Blum, der parlamentarische Herr der Sozialisten und des sie mit den Kommunisten in einer Handlungseinheit zusammenschließenden „Front commun“, reibt sich vergnügt die Hände. Wieder einmal ist es ihm gelungen, durch subtile Manöver, geschickt dosierte Verdächtigungen und besorgt=pathetische Warnungen, ja an das Schicksal der angeblich bedrohten Republik zu denken, eine große Unsicherheit im linken Flügel der seit Doumergue regierenden „nationalen Einheit“ zu erzeugen. Die Radikalsozialisten sind in Erregung geraten; ihr Führer Staatsminister Herriot hatte eine lange Aussprache mit dem Chef des Kabinetts; Gerüchte schwirren bei ihnen herum, daß der Großindustrielle de Wendel die Finanzpolitik Flandins, der durch einen Wechsel in der Direktion der Bank von Frankreich seinen Entschluß bekundet hat, in ihr die bisherigen „konservativen“ Bahnen zu verlassen, scharf verurteilt und den Sturz des Kabinetts zum 15. März erzwingen wolle; andere meinen wieder, daß hinter Paul Reynaud, dem für ein Abgehen vom festen Frankenkurs kämpfenden Abgeordneten, doch gewisse starke wirtschaftliche Mächte ständen. Der parlamentarische Honigmond Flandins ist auf alle Fälle nur noch eine süße Erinnerung, wenn es auch wahrscheinlich ist, daß er der nächsten drohenden Krisen noch Herr werden wird. Aber seine Stellung ist empfindlich geschwächt: Es hat sich klar gezeigt, daß er ein parlamentarisches Kabinett wie jedes andere gebildet hat. Und so wird auch er den gleichen schleichenden Krankheiten, die plötzlich in Form von Mißtrauensvoten tödlich wirken, erliegen wie so viele seiner Vorgänger — oder wird er es doch wagen, mit mehr Glück als Doumergue eine parlamentarische Divalaunen mindestens einschränkende Staatsreform durchzusetzen?

Aber vielleicht werden die Parlamentarier, die sich zu Werkzeugen von Léon Blums Intrigantenkunst machen, doch noch etwas zögern und ihre nervöse Erregung, die eigentlich grundlos ist, bezähmen. Die Intelligenteren aus ihren Reihen wissen genau, daß die Zeiten vorbei sind, in denen Wähler durch große Versprechungen zu gewinnen und zu beruhigen waren, in denen Phrasen von der durch die Reaktion und den Klerikalismus bedrängten Republik mit ihren Freiheiten genügten, um die braven Provinzmassen in den traditionell radikalen oder republikanischen Bezirken für den richtigen, von gewissen Cliques und der Loge patronierten Kandidaten stimmen zu lassen. Auch in Frankreich gibt es antiparlamentarische Bewegungen, die nicht zu unterschätzen sind und denen man nicht mit den bisherigen Methoden der Erinnerung an Napoleon III., die Boulangeraffaire, den Drehfußprozeß, die angeblich klerikal=reaktionäre Vorherrschaft usw. beikommen kann. Diese antiparlamentarischen Bewegungen sind zwar noch nicht zu elementaren Massenbewegungen geworden. Sie sind auch noch nicht genügend organisiert, um wirklich Massen ergreifen und mobilisieren zu können. Vor allem aber: Es fehlt ihnen der Massen magnetisierende und mitreißend, über allen Argumenten stehende Führer. Die Action Française hat zwar in der letzten Zeit wieder größere Erfolge zu verzeichnen, vor allem bei Intellektuellen — aber trotz allem bleibt sie auf verhältnismäßig enge Kreise beschränkt. Ihr Antiparlamentarismus zieht, ihre schonungslosen Angriffe gegen das System wirken, aber ihre positive monarchistische Parole bleibt „Literatur“, woran nichts ändert, daß der Sohn des Thronprätendenten, des Herzogs von Guise, im Gegensatz zu seinem sich allzu sehr vornehm zurückhaltenden Vater sich gewisse Sympathien erobert hat. Die Frontkämpferorgani-

tion „Croit de Feu“ des Obersten de la Rocque ist zwar zu einer angesehenen Macht geworden, da zu ihr auch die Jugend strömt — aber bei aller Latkraft besitzt der Oberst kein klares politisches Programm. Einerseits ist er scharf gegen die republikanische Korruption, schreibt an den Ministerpräsidenten grobe Briefe, die dessen Ansehen nicht gerade fördern können — so droht er mit energischem Kampf, wenn die geplanten Gesetze, die den Reserveoffizieren Waffen wegnehmen und die Verbände ebenfalls entwaffnen, wie manche Linkspolitiker wollen, sogar auflösen sollen, zustandekommen — andererseits läßt er sich auf Kompromisse ein, die doch davon zeugen, daß er ein guter Bürger ist. So hat er sich hinter den Kulissen mit der Regierung über die Demonstrationen am Jahrestag der Pariser Unruhen vom 6. Februar 1934, die zu einem Symbol für die gegen die bisherige parlamentarische Mißwirtschaft eingestellten Kreise geworden sind, verständigt. Die von den Croix de feu maßgebend beeinflusste „Nationale Front“, eine Dachorganisation, verzichtete auf sie. Die gut disziplinierten Croix de feu sind am besten mit dem deutschen Stahlhelm zu vergleichen. Es ist wahrscheinlich, daß es ihnen ebensowenig wie diesem gelingen kann, eine politisch entscheidende Rolle zu spielen, mag ihr Wachstum auch als Symptom für die Unzufriedenheit weiter Kreise des Bürgertums bis in die Arbeiterschaft hinein mit dem nicht mehr als national empfundenen Regime bedeutsam sein. Zwei kleinere, bewußt antiparlamentarische, von Faschismus und Nationalsozialismus als Vorbildern entscheidend bestimmte Bünde, die „Solidarité française“ und die „Francisten“, haben zwar einen gewissen Anhang; es ist ihnen sogar gelungen, in proletarische Kreise einzudringen — wobei übrigens ehemalige Kommunisten am leichtesten zu gewinnen waren — aber eine große Bedeutung haben sie bisher nicht. Immerhin ist ihre Existenz ein Beweis dafür, daß bei einer Fortdauer der parlamentarischen Unfähigkeit auch in Frankreich Überraschungen möglich sind. An Massenanhang — in den Kreisen der Jugend — ist ihnen bisher die „Jeunesse patriotique“ des rechtsrepublikanischen Abgeordneten Laittinger weit überlegen; diese Gruppe bildet eine Art Reservoir der Nationalen Front.

Diesen von ihren Gegnern als faschistisch verschrienenen, aber in sich alles andere als einigen Verbänden und Bünden steht die kommunistisch-sozialistische Einheitsfront gegenüber. Diese Front bekennt sich in letzter Zeit demonstrativ zur Republik, — wobei es nicht recht klar ist, was ihr auf der Straße aktiverer kommunistischer Anhang unter Republik versteht. Seine Republik wird auf alle Fälle als proletarische Diktatur nichts mehr von den Rünsten eines Salonsocialisten wie Léon Blum wissen wollen, deren „Feinheit“ wohl für das parlamentarische Regime die gleiche verhängnisvolle Bedeutung hat wie ähnliche übersubtile, aber der lebendigen Wirklichkeit fremde Verfallsercheinungen am byzantinischen Hofe. Léon Blum liebt es, sich auf diese republikanischen Demonstrationen zu berufen, um den armen Radikalsocialisten Angst vor der „faschistischen“ Gefahr einzujagen und ihnen zu beweisen, wo ihre wahren Verbündeten zu suchen sind. Und es ist verständlich, wenn sich gewisse Radikalsocialisten fast unwiderstehlich zu dieser verhängnisvollen Figur der französischen Innenpolitik hingezogen fühlen. Dieser „Socialist“, der nur ein völlig unproduktiver Intellektueller und ein Routinier der Verfahrenskünste ist, unterscheidet sich nur durch seine Phraseologie von irgend einem bürgerlichen Freimaurer und Mitgliede der Liga für Menschenrechte. Socialismus ist für ihn ein völlig unverbindliches Ideal für Zeitungartikel und Reden. Am wohlsten fühlt er sich in der Gegenwart, als Vorkämpfer einer grundsätzlichen innerparlamentarischen Opposition. So hat er zugleich Einfluß und doch keine Verantwortung, die seine politische Unfähigkeit unwiderleglich erweisen würde. Aber es ist zu fürchten (oder besser: zu hoffen), daß die heutige Zeit diesen Politikertypus nicht mehr duldet. Er konnte seine Geschäfte machen, als der Parlamentarismus noch unverbraucht zu sein schien oder als er zum mindesten (wie in Frankreich) seinen Gegnern darum überlegen war, weil diese sich als korrupt und unfähig erwiesen hatten. Denn die

parlamentarische Republik war selbst in ihren Blütezeiten in Frankreich ein Regime, das bestand, weil sonst eigentlich kein anderes möglich zu sein schien, das bei aller öffentlichen Mißwirtschaft dem Privatmanne ein freies Leben ermöglichte, und weil sich die herrschende Kammer in Krisenzeiten aus Selbsterhaltungstrieb zusammennahm, eben Léon Blums ausschaltete und Männer wie Clemenceau, Poincaré oder noch 1934 Doumergue als Retter in der Not berief.

Bisher ist die parlamentarische Republik in Frankreich stets durch diese stetige Duldung und eigene, durch Angst erzwungene Bescheidenheit gerettet worden — aber es ist zu fragen: Wird es auch heute noch der Fall sein? Nach bewährtem Muster riefen die Abgeordneten, nachdem es sich durch die Unruhen vom 6. Februar 1934 erwiesen hatte, daß die verschiedenen Korruptionsaffären, Skandale usw. nicht mehr in gewohnter normaler Weise zu „erledigen“ waren, nach einem rettenden Manne. Er kam — Doumergue bildete sein Kabinett der nationalen Einheit, um die Staatsreform durchzuführen, und vor allem, um das erschütterte Vertrauen zum Staate wieder herzustellen. Einige Monate vergingen, der Sturm schien beschwichtigt zu sein, und die Abgeordneten entdeckten plötzlich, daß der freundliche lächelnde Doumergue nur ein Strohhalm in den Händen des bei ihnen nicht sonderlich beliebten, als Exponent gewisser antiradikaler Interessenten geltenden André Tardieu war. Doumergue wurde zum Tyrannen, den man stürzen mußte. Man fand einen jungen, ehrgeizigen und fähigen Politiker aus der rechten Mitte, der seine Nachfolge anzutreten gerne bereit war. Die schnelle Bildung des Kabinetts Flandin im November schien zu beweisen, daß der Parlamentarismus lebendig sei, Führerpersönlichkeiten an die Macht bringen, nicht nur unterdrücken könne. Die Skandale schienen allmählich in Vergessenheit zu geraten, nur noch „Fachleute“ zu interessieren, — und so kehrten die alten Mißbräuche allmählich wieder, d. h. Interessentenwirtschaft, Intriguen dunkler Mächte, an deren humanitäre Parolen heute niemand mehr glaubt.

Flandin wollte sich außerhalb dieser „Kämpfe“ halten. Typisch dafür ist, daß er Demonstrationen zum Gedächtnis des 6. Februar verbieten ließ, aber selber demonstrativ dem Gottesdienst in der Notre Dame Kathedrale beiwohnte. So geriet er zwischen alle Feuer. Ein Anhänger der Action Française beschimpfte ihn — objektiv sicher zu Unrecht — beim Betreten der Kirche, und dieser Mann hatte, als ihn das Gericht streng bestrafte, die Sympathien der nationalen Kreise auf seiner Seite. Andererseits waren die Radikalsozialisten unzufrieden — ein französischer Ministerpräsident betrat amtlich eine Kirche und dazu noch bei einer Gedächtnisfeier für die Opfer einer eigentlich reaktionären Revolte! Antiklerikale laizistische Affekte regten sich. Der Kirchengang Flandins schien die Erinnerung an die Erfolge von Rom und London zurückzudrängen. . .

Vielleicht geht es dieses Mal noch gut. Denn noch ist die Unruhe zu groß, noch haben die Parlamentarier Angst, noch wissen sie, daß ihre Taktik — ob im Rechts- oder Linksinteresse ist gleich — vom Volke kaum verstanden werden wird. Noch wissen sie, daß Flandin ihr starker Mann ist, mag er es auch nicht verstanden haben, als starker Mann dem ganzen Lande zu erscheinen. Aber die Krise schweilt weiter. Die Krankheit sitzt zu tief. Eingefressene Gewohnheiten lassen sich nicht durch freiwillige Disziplin derer aufheben, die ihnen seit langem gehuldigt haben. Sachliche Probleme drängen von allen Seiten, die nicht mehr durch Kompromisse zu vertagen oder nur vorläufig, „teilweise“ zu erledigen sind. Die Studenten demonstrieren und verlangen, daß die Ausübung ärztlicher Tätigkeit — wie schon heute die Zulassung zur Advokatur — Fremden verboten und Naturalisierten erschwert wird. Eine kleine Angelegenheit — aber ein Symptom für die Unzufriedenheit intellektueller Kreise, und vor allem für das Verblaffen humanitärer Ideologien angesichts der Minderung der sozialen Aufstiegchancen, ja der wirtschaftlichen Existenzmöglichkeiten überhaupt. In den nordafrikanischen Kolonien (Algier) wächst

die Unzufriedenheit bei den Eingeborenen. Die arabischen Intellektuellen wollen für sich und ihre Volksgenossen die gleichen Bürgerrechte haben wie die Juden, die als französische Bürger anerkannt sind. Die bisherigen Methoden, mit Hilfe von Notabeln die Massen der Eingeborenen zu bändigen, versagen. Die Auswirkung der freien Getreidepreise ist unübersehbar — mag auch die Unzufriedenheit in der Landbevölkerung bisher nicht so gefährlich sein, weil sie reiche Bauern, die auf den Verkauf angewiesen sind, erfaßt und die Masse der Kleinbauern von ihr noch nicht ergriffen zu sein scheint, die noch vom alten Mißtrauen gegen Reiche und Reaktionsäre beseelt sind. Die Zugkraft der Freimaurerei, die das Rückgrat der III. Republik bildete, ist erschüttert. Sie ist völlig dekadent, es fehlt ihr jede Größe, aller über einen engen Bezirk reichende politische Wille; sie wirkt nur noch als eine Interessentengruppe älterer Herren, die ihre Posten und ihren Kulisseneinfluß nicht verlieren wollen. Aber noch fehlen auch die neuen frischen Kräfte, die an Stelle der völlig verbrauchten älteren Politikergeneration treten und eine neue Ordnung schaffen können. In dieser Zwischenzeit ist Flandin noch der beste Typus, ein Mann des Parlamentes zwar, aber doch keiner bestimmten Clique angehörend, ein Realist, wenn auch vielleicht mit etwas zu wenig Blick für massenpsychologische Momente. Wird es ihm gelingen, den Zusammenbruch eines Systems aufzuhalten und die notwendige innerpolitische Beruhigungspause für länger zu erzwingen, die es erlaubt, den unvermeidlichen Staatsumbau, die Stärkung der Regierungsautorität unter Beibehaltung traditioneller Freiheiten, durchzuführen? Oder werden außenpolitische Stürme von der Innenpolitik in Frankreich ablenken? Nur die Zeit kann diese Frage beantworten.

Spectator.

PS. Noch ist es gut gegangen. Léon Blum muß weiter intrigieren, insgeheim vielleicht froh, daß es in dieser schwierigen Situation nicht zu einer Kabinettskrise gekommen ist, die leicht zu einer Regimetreife hätte werden können. Flandin hat ein imposantes Vertrauensvotum erhalten — mit 444 gegen 124 Stimmen —, aber damit ist nichts Wesentliches geändert. Denn wer weiß, wie lange eine der launischsten Diven, die Kammermajorität, gut gestimmt bleibt, d. h. fürchtet, daß Nervenkrisen ihr selber am gefährlichsten werden können? Das „vielleicht“ schwebt weiter über dem Kabinette Flandins. . . Die Unruhe in der französischen Politik ist nur momentan zurückgedrängt; denn ihre Ursachen sind nicht wirklich beseitigt.

Aus Zeit und Streit

Karl Barth. / Eine Entgegnung.

Wir geben im Folgenden einer Einsendung Raum, welche durch den letzten Aufsatz von „Nemo“ über Karl Barth (Januarheft 1935, S. 529/30) veranlaßt ist. Es stand zu erwarten, daß jener Aufsatz angesichts der großen Verehrung, die der bedeutende Theologe genießt, nicht unerwidert bleiben werde. Ohne nun im Besonderen zu der Diskussion heute Stellung zu nehmen, möchten wir uns immerhin die Bemerkung nicht versagen, daß das Problem Barth heute keineswegs nur von theologischen bzw. kulturellen Gesichtspunkten zu betrachten ist, ihm vielmehr im letzten Grunde ein stark politisches Moment innewohnt, durch das Barth, auch wenn er von Hause aus kein „Politiker“ ist, der Anlaß zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung über Probleme von Kirche und Staatspolitik werden muß.

Schriftleitung.

Wir dürfen wohl annehmen, daß mit uns mancher Leser zunächst Mühe hatte, den Zweck des erwähnten „Karl Barth“ überschriebenen Artikels herauszufinden.